

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EUROPÄISCHER RAT VOM 17. JUNI 2010 - WESENTLICHE ERGEBNISSE: „EUROPA 2020“; WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOORDINIERUNG IM RAHMEN DER EU-27; EURO FÜR ESTLAND; BEITRITTSVERHANDLUN- GEN MIT ISLAND; NEUE SANKTIONEN GEGEN DEN IRAN

Auf dem Europäischen Rat (ER) am 17.06.2010 nahmen die Staats- und Regierungschefs die neue Strategie für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum „Europa 2020“ an. Der ER begrüßte erste Vorschläge zur Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, einschließlich Sanktionsmöglichkeiten, sowie zur Überwachung der nationalen Haushalte ab Frühjahr 2011 („Europäisches Semester“). Die verstärkte, wirtschaftspolitische Koordinierung soll weiterhin im Rahmen der EU-27 stattfinden. Treffen der Regierungschefs der Euro-Länder werden nur in Ausnahmefällen einberufen. Bei den sog. „Exit-Strategien“ zur Haushaltskonsolidierung können die Mitgliedstaaten differenziert vorgehen. Ratspräsident *Herman Van Rompuy* soll die Schlussfolgerungen seiner Task Force dem ER im Oktober vorlegen. Weiter einigte sich der ER im Prinzip auf eine Bankenabgabe, die auf dem G-20-Gipfel in Toronto am 26./27.06.2010 präsentiert werden soll. Auf diesem Gipfel will die EU zudem für eine globale Finanzmarkttransaktionssteuer werben. Die Ergebnisse des „Stresstests“ für Banken in der EU sollen im Juli veröffentlicht werden. Der ER sprach sich zudem für die Euro-Einführung in Estland zum 01.01.2011 und die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Island aus. Der ER einigte sich außerdem auf neue Sanktionen gegen den Iran wegen dessen Nuklearprogramms (s. auch die Beiträge aus den Ressorts).

Statement von Ratspräsident *Herman Van Rompuy* zu den Ergebnissen des ER:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/115347.pdf

Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates finden sich unter:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/115364.pdf



WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 14. – 17.06.2010 IN STRAßBURG

Im Mittelpunkt der Plenartagung standen im Vorgriff auf den Europäischen Rat am 17.06.2010 die Debatten und die beiden Resolutionen zu „EU 2020“ und zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung. Dabei sprachen sich die Fraktionsvorsitzenden der EVP, S&D, ALDE und Grüne vehement gegen eine Tendenz zur Intergouvernementalisierung durch die Mitgliedstaaten und für die durch den Lissabon-Vertrag gestärkte Gemeinschaftsmethode aus. Die Europäische Kommission sei die „wirkliche Wirtschaftsregierung“. Das Plenum stimmte mit großer Mehrheit für die Einführung des EURO in Estland zum 01.01.2011.

Wichtige gesetzgeberische Entscheidungen waren in erster Lesung die Ablehnung einer „Ampel“ bei der Lebensmittelkennzeichnung, die Einbeziehung von selbständigen Fahrern im Straßentransport in die Arbeitszeitrichtlinie sowie mehr Übersetzungsrechte in Strafverfahren. Erstmals in der Geschichte der EU stimmte das EP einem Verfahren der „verstärkten Zusammenarbeit“ im Bereich des anwendbaren Rechts bei der Ehescheidung zu. Im Rahmen eines Initiativberichts des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe, MdEP *Werner Langen*, forderte das EP klare Regeln und mehr Transparenz für Derivatemärkte. Zudem sprachen sich die Abgeordneten in einer Debatte für umfassende Regelungen für Ratingagenturen aus.

Alle Ergebnisse der Plenartagung finden sich unter:

http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/008-75601-158-06-24-901-20100607FCS75591-07-06-2010-2010/default_p001c001_de.htm

REGIERUNGSKONFERENZ: 18 NEUE ABGEORDNETE FÜR DAS EP

Auf einer kurzen Regierungskonferenz am 23.06.2010 stimmten die Mitgliedstaaten einer Änderung der Verträge zu, um die im Lissabon-Vertrag vorgesehene Erhöhung von 18 Abgeordneten für das EP zu ermöglichen.

POLITISCHE EINIGUNG ÜBER DEN EUROPÄISCHEN AUSWÄRTIGEN DIENST

Die spanische Ratspräsidentschaft, die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik *Catherine Ashton*, die Kommission und das Europäische Parlament erzielten am 21.06.2010 eine politische Einigung über die Errichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD). Dieser soll bis Ende



2010 seine Arbeit aufnehmen und in der Endausbaustufe bis zu 8.000 Mitarbeiter haben. Jeweils ein Drittel der Mitarbeiter sind Vertreter der Mitgliedstaaten, der EU-Kommission und des Europäischen Rates.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/771&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

DRITTES HALLSTEIN-SEMINAR FÜR OBERE FÜHRUNGSKRÄFTE DER LANDESVERWALTUNGEN VON BADEN-WÜRTTEMBERG UND BAYERN IN BRÜSSEL

Knapp 50 Regierungspräsidenten und Abteilungsleiter der Ministerien des Landes Baden-Württemberg und des Freistaates Bayern nahmen an dem dritten, gemeinsamen Hallstein-Seminar zur Förderung der Europafähigkeit der Landesverwaltungen für die obere Führungsebene in Brüssel vom 22. bis 24.06.2010 teil.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

INNENMINISTER *HERRMANN* UND KOMMUNALE SPITZENVERBÄNDE WERBEN UM MEHR HANDLUNGSFREIHEIT FÜR DIE KOMMUNEN IN DER EU

Innenminister *Joachim Herrmann* und die bayerischen kommunalen Spitzenverbände haben bei einer gemeinsamen Veranstaltung am 21.06.2010 in der Bayerischen Vertretung Brüssel unter dem Titel „Kommunale Selbstverwaltung im Vertrag von Lissabon = mehr Handlungsfreiheit für die Kommunen?“ von der EU gefordert, das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen zu respektieren.

<http://www.stmi.bayern.de/presse/archiv/2010/218.php>

INNENMINISTER *HERRMANN* UND KOMMISSARIN *GEORGIEVA* DISKUTIEREN ÜBER ROLLE DER EU BEIM KATASTROPHENSCHUTZ

Innenminister *Joachim Herrmann* traf am 21.06.2010 in Brüssel mit der für internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion zuständigen Kommissarin *Kristalina Georgieva* zusammen. Sie informierte ihn über die Arbeit an einer Mitteilung der Kommission zur Stärkung der EU-Katastrophenreaktionsfähigkeit, die im Herbst vorgelegt werden soll. *Herrmann* begründete die Ablehnung einer europäischen Zentralisierung. Solidarische Hilfe im Notfall sei selbstverständlich, jeder Mitgliedstaat müsse aber zunächst



seine Hausaufgaben machen.

<http://www.stmi.bayern.de/presse/archiv/2010/217.php>

SWIFT: RAT WILL EINIGUNG ZWISCHEN KOMMISSION UND USA MIT KLEINEN ÄNDERUNGEN BILLIGEN – EP-ZUSTIMMUNG AM 07.07.2010 WAHRSCHEINLICH

Die Kommission hat die Verhandlungen mit der US-Regierung über ein neues Abkommen zur Weitergabe von Bankdaten zur Terrorismusbekämpfung (SWIFT) abgeschlossen und dem Rat den ausgehandelten Entwurf zur Annahme übermittelt. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter beschloss, in einer Ratserklärung festzuhalten, dass die EU den Aufbau eines eigenen Auswertungssystems anstrebt. Der Rat will die Unterzeichnung des Abkommens am 28.06.2010 billigen. Laut spanischer Ratspräsidentschaft haben die großen Fraktionen die EP-Zustimmung am 07.07.2010 in Aussicht gestellt. EP-Berichtersteller *Alvaro* (ALDE) bestätigte einen Durchbruch.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/735&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

KOMMISSION HÄLT EINSATZ VON KÖRPERSCANNERN AN FLUGHÄFEN FÜR MÖGLICH UND BEFÜRWORTET EU-EINHEITLICHE REGELUNG

Die Kommission hat eine „Mitteilung über den Einsatz von Sicherheitsscannern auf EU-Flughäfen“ angenommen. Die Kommission will auf der Basis dieser Mitteilung mit dem EP und dem Rat darüber diskutieren, ob ein EU-Rechtsrahmen zum Einsatz von Sicherheitsscannern auf EU-Flughäfen vorgeschlagen werden soll.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/740&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

RAT ZUR VERORDNUNG ÜBER EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE EINIG

Der Rat hat eine Einigung zur von der Kommission vorgeschlagenen Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative erreicht und hofft, mit dem EP eine Einigung zu erzielen und die Verordnung bis Ende 2010 abschließen zu können.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st10/st10626-re02.de10.pdf>



Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

**PLENARSITZUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 15. –
17.06.2010 IN STRAßBURG**

Das Plenum des Europäischen Parlaments stimmte auf seiner letzten Plenarsitzung über folgende rechts- und verbraucherpolitischen Vorhaben ab:

- Börsenprospekte werden verständlicher
[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0227+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0227+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE)
- Verstärkte Zusammenarbeit bei ROM III
[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0216+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0216+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE)
- Übersetzung im Strafverfahren
[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/019-76134-
165-06-25-902-20100615IPR76133-14-06-2010-2010-false/default_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/019-76134-165-06-25-902-20100615IPR76133-14-06-2010-2010-false/default_de.htm)
- Juristische Aus- und Fortbildung nach Stockholm
- Lebensmittelkennzeichnung
[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/067-76128-
165-06-25-911-20100615IPR76127-14-06-2010-2010-
false/default_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/067-76128-165-06-25-911-20100615IPR76127-14-06-2010-2010-false/default_de.htm)

**VERBRAUCHERSCHUTZ: NEUE EU-ROAMING-TARIFE TRETEN AM
01.07.2010 IN KRAFT**

Die EU-Roaming-Verordnung sieht vor, dass ab dem 01.07.2010 maximal 39 Cent pro Minute für aktive Anrufe aus einem anderen EU-Land an Roaming-Gebühren verrechnet werden dürfen. Der Empfang eines Anrufes im EU-Ausland darf mit maximal 15 Cent Roaming-Gebühren in Rechnung gestellt werden. Darüber hinaus werden auch preisliche Limits für das Online-Surfen per Mobiltelefon oder Laptop festgesetzt. Nähere Einzelheiten: siehe den Beitrag des Geschäftsbereichs IuK und Medienpolitik in diesem EB.

http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/index_en.htm



Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

EUROPÄISCHER RAT AM 17.06.2010: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMF

Der Europäische Rat (ER) hat auf seinem Treffen vom 17.06.2010 die neue EU-Strategie für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum („Europa 2020“) verabschiedet und hierzu fünf gemeinsame EU-Kernziele festgelegt. Daneben hat er sich auf der Grundlage der bisherigen Arbeiten der vom Präsidenten des Europäischen Rates, *Van Rompuy*, geleiteten Task Force auf ein erstes Bündel von Leitlinien zur stärkeren wirtschafts- und haushaltspolitischen Steuerung geeinigt (insbesondere Stärkung der präventiven und korrektiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspaktes; Einführung eines „Europäischen Semesters“ zur stärkeren haushaltspolitischen Steuerung; Entwicklung eines Anzeigers („scoreboard“) zur stärkeren Überwachung der Wettbewerbsfähigkeit und makroökonomischer Ungleichgewichte in der EU). Die aufgrund der Finanzkrise eingeleiteten Finanzmarktreformen müssen aus Sicht des ER dringend zum Abschluss gebracht werden. Die Mitgliedstaaten wollen Systeme für Abgaben und Steuern für Finanzinstitute einführen, damit für eine gerechte Lastenverteilung gesorgt wird und Anreize für eine Eindämmung der Systemrisiken geschaffen werden. Auf G-20-Ebene will die EU insoweit eine Führungsrolle übernehmen. Der Vorschlag der Kommission, dass Estland am 01.01.2011 den Euro einführt, wurde begrüßt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/115364.pdf

NEUE DEFIZITVERFAHREN GEGEN ZYPERN, DÄNEMARK UND FINNLAND

Derzeit laufen bereits Defizitverfahren gegen 20 EU-Mitgliedstaaten (darunter Deutschland). Am 15.06.2010 gab die EU-Kommission ihre Einschätzung bekannt, dass in Zypern, Dänemark und Finnland ein übermäßiges Defizit besteht. Sie hat daher dem ECOFIN-Rat empfohlen, diesen Mitgliedstaaten Fristen für die Korrektur ihrer Defizite zu setzen. Zypern soll sein Defizit bis 2012 auf unter 3 % reduzieren, Dänemark bis 2013 und Finnland bis 2011. Die Kommission gibt lediglich Empfehlungen ab, über die Einleitung der Defizitverfahren entscheidet letztlich der Rat. Dieser wird voraussichtlich am 13.07.2010 über die Kommissionsempfehlungen entscheiden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/738&format=H>



[TML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de](#)

EU-KOMMISSION BEWERTET DIE MAßNAHMEN VON ZWÖLF MITGLIED- STAATEN IN DEN LAUFENDEN DEFIZITVERFAHREN

Die EU-Kommission hat in einer Mitteilung vom 15.06.2010 die Maßnahmen von zwölf Mitgliedstaaten in bereits laufenden Defizitverfahren geprüft. Nach Einschätzung der Kommission sind Belgien, Tschechien, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien und die Slowakei den Empfehlungen des ECOFIN-Rates vom 02.12.2009 gefolgt und haben angemessene Maßnahmen zur Korrektur ihrer übermäßigen Haushaltsdefizite getroffen. Besonderes Augenmerk lag auf Spanien und Portugal, die sich im Mai ambitioniertere Defizitziele gesetzt und zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen angekündigt hatten. Aktuell hält die Kommission keine weiteren Schritte in den Defizitverfahren gegen Spanien und Portugal für erforderlich, da beide den Ratsempfehlungen zunächst Rechnung getragen haben. In beiden Fällen könnten aus Sicht der Kommission in den nächsten Jahren aber u.U. weitere Konsolidierungsmaßnahmen notwendig werden, um die Ziele zur Reduzierung der Defizite auf unter 3 % bis 2013 dann auch tatsächlich zu erreichen.

http://ec.europa.eu/economy_finance/sgp/pdf/30_edps/communication_to_the_council/2010-06-15_be_cz_de_ie_es_fr_it_nl_at_pt_si_sk_communication_on_action_taken_en.pdf

EU-KOMMISSION LEITET KONSULTATIONEN ZU LEERVERKÄUFEN UND KREDITAUSFALLVERSICHERUNGEN SOWIE ZU DEN DERIVATEMÄRKTEN EIN

Die EU-Kommission hat am 14.06.2010 Konsultationen zu zwei wichtigen Finanzmarktthemen, nämlich zu Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen (CDS) sowie zu den Derivatemärkten eingeleitet. Die Konsultationen richten sich an Marktteilnehmer, Regulatoren und andere interessierte Kreise und sind bis 10.07.2010 geöffnet. Die Legislativvorschläge wird die Kommission voraussichtlich im September 2010 vorlegen.

[http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/256&form](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/256&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en)
[at=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/255&form)
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/255&form>



[at=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=de](#)

EUROPÄISCHES PARLAMENT FORDERT IN ENTSCHEIDUNG STRENGE REGELN FÜR DEN DERIVATEHANDEL

Das EP hat sich am 15.06.2010 in einer Entscheidung für mehr Transparenz und strengere Regeln im Derivatehandel ausgesprochen. Zu den Vorschlägen des EP gehören die Standardisierung der Derivate, ein Transaktionsregister, der Aufbau von zentralen Gegenpartei-Clearingstellen, organisierte Märkte sowie die Verbesserung der Marktintegrität und Marktaufsicht. Um Spekulationsgeschäfte zu reduzieren, zieht das EP ein Positionslimit für den Handel mit Agrarprodukten und bestimmten Rohstoffen in Betracht. Darüber hinaus sollen spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen (CDS) unterbunden werden. Die Kreditausfallversicherungen sollen nur bei Nachweis eines zugrundeliegenden Engagements am Anleihemarkt gezahlt und auf die Höhe dieses Engagements begrenzt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0206+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

BERICHT ÜBER DIE ÖFFENTLICHEN FINANZEN IN DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Die EU-Kommission hat am 16.06.2010 ihren Bericht über die öffentlichen Finanzen in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion – 2010 vorgelegt. Der Bericht beschreibt die Entwicklung der öffentlichen Finanzen. Die öffentlichen Defizite und der Schuldenstand sind in den letzten Jahren im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise stark angestiegen. Die Defizite der EU-Mitgliedstaaten werden im Jahr 2010 voraussichtlich auf über 7 % ansteigen, die Schuldenstände auf rund 80 % des BIP im Jahr 2010. Der Bericht zeigt mögliche Strategien für eine effiziente Haushaltskonsolidierung auf. Konsolidierungsmaßnahmen auf der Ausgabenseite seien Maßnahmen auf der Einnahmeseite grundsätzlich vorzuziehen. Wenn Steuererhöhungen gleichwohl notwendig sein sollten, sollten diese wachstumsfreundlich ausgestaltet werden. Die Steuerlast sollte weg vom Faktor Arbeit hin zu Energie- und Umweltsteuern verlagert werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/743&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2010/pd



[f/ee-2010-4_en.pdf](#)

EUROPÄISCHES PARLAMENT RICHTET SONDERAUSSCHUSS ZUR REFORM DES EU-HAUSHALTS EIN

Das EP hat am 16.06.2010 die Einrichtung eines Sonderausschusses für die Vorbereitung des nächsten langfristigen Haushaltsrahmens der EU beschlossen. Ein entsprechender nichtständiger Ausschuss war bereits in den Jahren 2004 und 2005 zur Vorbereitung des aktuellen Finanzrahmens eingesetzt worden. Der Ausschuss besteht aus 50 Mitgliedern. Seine Hauptaufgabe wird in der Vorbereitung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens (ab 2014) liegen. Der Sonderausschuss soll - als Grundlage für die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen - einen Bericht erstellen, bevor die EU-Kommission ihre Vorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorlegt (vor Juli 2011). Die erste Sitzung des neuen Ausschusses soll während der Juli-Plenarsitzung in Straßburg stattfinden. In dieser Sitzung werden ein Vorsitzender, ein Vizevorsitzender sowie ein Berichterstatter gewählt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=->

[//EP//TEXT+MOTION+B7-2010-0295+0+DOC+XML+V0//DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+MOTION+B7-2010-0295+0+DOC+XML+V0//DE)

http://www.europarl.europa.eu/eplive/expert/multimedia/20100617MLT76255/media_20100617MLT76255.pdf

ENTSCHLIEßUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZUR VERBESSERUNG DER STATISTIKQUALITÄT UND STÄRKUNG DER PRÜFBEFUGNISSE VON EUROSTAT

Das EP hat am 17.06.2010 eine EntschlieÙung zur Verbesserung der Qualität statistischer Daten und Stärkung der Prüfbefugnisse von EUROSTAT angenommen. Dem EP geht die - hinter den Kommissionsvorschlägen zurückbleibende - politische Einigung des Rates vom 08.06.2010 über die Verordnung im Hinblick auf die Qualität der statistischen Daten nicht weit genug. EUROSTAT müsse die Befugnis zur Durchführung unangekündigter Kontrollen in Mitgliedstaaten übertragen werden. Der Rat dürfe seine Fehler aus dem Jahr 2005, als ein entsprechender Kommissionsvorschlag im Rat scheiterte, nicht wiederholen. Hintergrund des erneuten Kommissionsvorschlages waren die erheblichen Unregelmäßigkeiten der statistischen Daten in Griechenland. Neben dieser allgemeinen EntschlieÙung wird das EP voraussichtlich noch im Juli auch noch konkret zum Legislativvorschlag der Kommission Stellung nehmen.



<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0230+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EUROPÄISCHES PARLAMENT BESCHLIEßT NOVELLE DER PROSPEKT- RICHTLINIE

Das EP hat am 17.06.2010 - auf der Grundlage eines Kompromisses zwischen EP, Rat und Kommission - die Überarbeitung der Richtlinie über die Zulassung von Wertpapieren zum Handel an einem geregelten Markt oder zum öffentlichen Angebot in erster Lesung angenommen. Die Börsenprospektrichtlinie regelt die Stellung, Billigung und Veröffentlichung von Prospekten als Voraussetzung für das öffentliche Angebot von Wertpapieren oder deren Zulassung zu einem geregelten Markt in der EU. Ein Prospekt, der in einem Mitgliedstaat zugelassen wurde, muss auch in allen anderen EU-Staaten anerkannt werden. Mit der Neufassung soll neben der Beseitigung von Rechtsunsicherheiten und bürokratischer Hürden der Zugang für kleine und mittlere Unternehmen zum Kapitalmarkt erleichtert werden. Die Richtlinie muss noch formal vom Ministerrat verabschiedet werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0227+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

ENTSCHLIEßUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZUR WIRT- SCHAFTSPOLITISCHEN STEUERUNG

Das EP hat am 16.06.2010 eine Entschließung zur wirtschaftspolitischen Steuerung angenommen. Das EP fordert die vom Europäischen Rat (ER) im März 2010 eingesetzte Task Force auf, ihre Tätigkeit zu beschleunigen und bis September 2010 konkrete Vorschläge für eine weitreichendere wirtschaftspolitische Koordinierung vorzulegen. Das EP teilt die von der Kommission in ihrer Mitteilung vom 12.05.2010 zur stärkeren wirtschaftspolitischen Koordinierung vertretene Auffassung, dass im Stabilitäts- und Wachstumspakt ein wirksamerer Anreiz- und Sanktionsmechanismus notwendig ist. Die Kommissionsvorschläge gehen aus Sicht des EP aber noch nicht weit genug. Das EP fordert die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds (EWF), in den die Mitgliedstaaten der Eurozone im Verhältnis zu ihrem BIP einzahlen und in den die Geldbußen fließen, die die Mitgliedstaaten bei überhöhter Verschuldung und übermäßigem Defizit zahlen müssen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7->



[TA-2010-0224+0+DOC+XML+V0//DE](#)

EUROPÄISCHES PARLAMENT UNTERSTÜTZT DEN BEITRITT VON ESTLAND ZUM EURORAUM

Am 08.06.2010 hatte der ECOFIN-Rat festgestellt, dass Estland die Voraussetzungen für die Einführung des EURO erfüllt. Das EP unterstützt – wie der ER - den Beitritt von Estland zum Euroraum. In seiner EntschlieÙung lobt das EP die Anstrengungen Estlands zur Erfüllung der Konvergenzkriterien und fordert Estland auf, die praktischen Vorbereitungen für eine reibungslose Einführung des Euro zu beschleunigen. Zudem müsse darauf geachtet werden, dass die Preisstabilität auch künftig gewährleistet ist und makroökonomische Ungleichgewichte verhindert werden müssen. Die endgültige Entscheidung wird der Rat voraussichtlich im Juli treffen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0217+0+DOC+XML+V0//DE>

ENTSCHLIEÙUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZUM EU-HAUSHALT 2011

Das EP hat sich am 15.06.2010 auf sechs Prioritäten für die anstehenden Verhandlungen zum EU-Haushalt 2011 verständigt. Die wesentlichen Punkte sind aus Sicht des EP die Überwindung der Finanzkrise, die Reform des EU-Haushalts, die Außenpolitik, jugendpolitische Maßnahmen, Wettbewerbspolitik und die Umsetzung der neuen Strategie Europa 2020. Der von der EU-Kommission am 27.04.2010 angenommene Entwurf des EU-Haushalts sieht Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 142,6 Mrd. € (+ 2,2 % gegenüber 2010) und Zahlungsermächtigungen in Höhe von 130,1 Mrd. € (+ 5,9 %) vor. Die Verhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission über den EU-Haushalt 2010 beginnen voraussichtlich am 30.06.2010.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0205+0+DOC+XML+V0//DE>

STAATLICHE BEIHILFEN: KOMMISSION VERLÄNGERT DEUTSCHE GARANTIEMAßNAHMEN

Die EU-Kommission hat die Genehmigung für den deutschen Bankenrettungsschirm bis zum Jahresende verlängert. Im Oktober 2008 hatte Deutschland ein umfangreiches Rettungspaket für den Finanzsektor geschnürt, das u.a. die



Übernahme von staatlichen Garantien für Bankverbindlichkeiten gegen eine marktgerechte Vergütung vorsieht. Das verlängerte Rettungspaket sieht allerdings nunmehr höhere Prämien für staatliche Garantien vor, um Wettbewerbsverzerrungen zu beschränken und für Banken Anreize zu setzen, sich selbst auf dem Markt ohne staatliche Beihilfen zu finanzieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/789&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

EUROPÄISCHER RAT AM 17.06.2010: ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMWIVT

Die Staats- und Regierungschefs einigten sich auf ihrer Tagung am 17.06.2010 darauf, mit einer frühzeitigen Abstimmung der nationalen Haushaltspläne und einer zeitigeren Bestrafung von Defizitsündern Konsequenzen aus der Finanzkrise zu ziehen. Mit einer den Mitgliedstaaten überlassenen Veröffentlichung der Ergebnisse der sogenannten Bankenstresstests wollen sie die Spekulation an den Finanzmärkten eindämmen. Sie einigten sich weiter darauf, die Banken mit einer Abgabe an den Kosten der Finanzkrise zu beteiligen und für künftige Fälle vorzusorgen. Sie verabschiedeten außerdem die Strategie Europa 2020 für die kommenden zehn Jahre.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/115364.pdf

EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET VERORDNUNG ZUM VORRANG DES SCHIENENGÜTERVERKEHRS

Das EP hat am 15.06.2010 in zweiter Lesung die Verordnung zum Vorrang des Schienengüterverkehrs in der EU verabschiedet. Es handelt sich dabei um den mit dem Ministerrat aus-gehandelten Kompromisstext, sodass dieser nun nur noch formal vom Ministerrat abgesehnet werden muss.

EU-KOMMISSION VERHÄNGT 622 MIO. € KARTELLSTRAFE GEGEN BADARTIKELHER-STELLER

Die EU-Kommission hat am 23.06.2010 gegen 17 Hersteller von Badezimmerausstattungen wegen eines Preiskartells in sechs EU-Mitgliedstaaten Geldbu-



ßen von insgesamt 622 Mio. € verhängt. Das Kartell bestand zwölf Jahre lang und betraf Sanitärkeramik wie Waschbecken und Badewannen sowie Armaturen und Ausstattungen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/790&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUROPÄISCHES PARLAMENT UND MITGLIEDSTAATEN EINIGEN SICH IM TRILOG ÜBER VERORDNUNG ZUR GASVERSORGUNGSSICHERHEIT

EP und die Mitgliedstaaten haben sich am 22.06.2010 bezüglich der strittigen Punkte zur Gasversorgungssicherheitsverordnung geeinigt. Damit die Verordnung zur Gasversorgungssicherheit in Kraft treten kann, müssen nun noch das EP-Plenum und der Ministerrat der Einigung zustimmen.

EU-KOMMISSION LEGT VORSCHLAG FÜR SICHERHEITSSTANDARD FÜR ELEKTRO-FAHRZEUGE VOR

Die EU-Kommission hat am 15.06.2010 einen Vorschlag vorgelegt, nach dem die Sicherheitsstandards der UN-Wirtschaftskommission für Europa (UN/ECE) für Elektrofahrzeuge in EU-Recht übernommen werden sollen. Um die Übernahme der UN-Vorgaben künftig zu vereinfachen, hat die Kommission außerdem vorgeschlagen, 61 weitere UN/ECE-Regeln zur Typengenehmigung von Fahrzeugen unmittelbar in EU-Recht zu übernehmen. Weiter soll die UN/ECE-Typengenehmigung als EG-Typengenehmigung gelten. Beiden Vorhaben müssen die Mitgliedstaaten zustimmen.

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/automotive/competitiveness-cars21/energy-efficient/index_en.htm

EU-KOMMISSION ERNENNT DREI NEUE KOORDINATOREN FÜR PRIORITÄRE PROJEKTE DES TRANSEUROPÄISCHEN VERKEHRSNETZES (TEN-V)

Die EU-Kommission hat am 08.06.2010 drei neue Koordinatoren für die prioritären Projekte Nr. 1, 17 und 22 ernannt.

EU-KOMMISSION STARTET KONSULTATIONEN ZU LEERVERKÄUFEN, KREDITAUS-FALLVERSICHERUNGEN UND DERIVATEN

Die EU-Kommission hat am 14.06.2010 zwei Konsultationen zu Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen (CDS) sowie zu Derivaten eingeleitet. Die



Konsultationen richten sich an Marktteilnehmer, Regulierungsbehörden und andere interessierte Kreise und sind bis 10.07.2010 geöffnet (s. auch Bericht im Bereich des StMF).

EUROPÄISCHES PARLAMENT FORDERT IN ENTSCHLIEßUNG STRENGE REGELN FÜR DEN DERIVATEHANDEL

Das EP hat sich am 15.06.2010 in einer EntschlieÙung zum Initiativbericht des CDU-Abgeordneten *Werner Langen* für eine umfassende Regulierung des Derivatehandels aus-gesprochen. Damit sollen rein spekulative Geschäfte mit Rohstoffen und Agrarprodukten unterbunden und sichergestellt werden, dass möglichst viele Transaktionen mit Derivaten über Clearing-Stellen abgewickelt werden.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/042-76031-165-06-25-907-20100614IPR76030-14-06-2010-2010-false/default_de.htm

EUROPÄISCHES PARLAMENT LEHNT KOMMISSIONSVORSCHLAG ZU ARBEITSZEITEN VON BUS- UND FERNFAHRERN AB

Das EP hat am 16.06.2010 den Vorschlag der Kommission abgelehnt, selbstständige Bus- und Fernfahrer von der Arbeitszeitrichtlinie auszunehmen. Mit der Ablehnung des Vorschlags der Kommission bleibt die geltende Richtlinie 2002/15/EG in Kraft, die die Einbeziehung der selbstständigen Fahrer in den Geltungsbereich der Richtlinie ab dem 23.03.2009 vorsieht (s. auch Bericht im Bereich des StMAS).

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/048-76130-165-06-25-908-20100615IPR76129-14-06-2010-2010-false/default_de.htm

EUROPÄISCHES PARLAMENT BESCHLIEßT NOVELLE DER PROSPEKT- RICHTLINIE

Das EP hat am 17.06.2010 die Überarbeitung der Richtlinie über die Zulassung von Wertpapieren zum Handel an einem geregelten Markt oder zum öffentlichen Angebot in erster Lesung verabschiedet. Mit der Neufassung soll neben technischen Aspekten und der Beseitigung von Rechtsunsicherheiten und Bürokratiehürden der Zugang für kleine und mittlere Unternehmen zum Kapitalmarkt erleichtert werden. Der Text, der auf einem Kompromiss mit Rat und Kommission beruht, muss nun noch formal vom Ministerrat verabschiedet werden.



EU-KOMMISSION LEGT BERICHT ZUR KMU-LEISTUNGSÜBERPRÜFUNG VOR

Die EU-Kommission hat am 11.06.2010 ihren neuen Jahresbericht zur KMU-Leistungsüberprüfung vorgelegt. Danach ist die vielversprechende Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) mit dem Beginn der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 zum Stillstand gekommen. Von 2002 bis 2008 erwiesen sich die KMU in der EU als die Jobmotoren. Sie schufen 9,4 Mio. Arbeitsplätze und übertrafen damit die Großunternehmen. Dagegen gingen dem Sektor in den Jahren 2009 und 2010 schätzungsweise 3,25 Mio. Arbeitsplätze verloren. Die Kommission mahnt deshalb die rasche Umsetzung der im „Small Business Act“ (SBA) enthaltenen Maßnahmen an, um den Unternehmen positive Rahmenbedingungen zu geben.

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/performance-review/index_en.htm

EU-KOMMISSION VERABSCHIEDET AKTIONSPLAN FÜR SATELLITENGESTÜTZTE NAVIGATIONSANWENDUNGEN

Die EU-Kommission hat am 14.06.2010 einen Aktionsplan für GNSS-Anwendungen (GNSS: Globale Satellitennavigationssysteme) verabschiedet. Er soll zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen mit Hilfe der EU-Satellitennavigationsprogramme Galileo und EGNOS (Geostationärer Navigations-Ergänzungsdienst für Europa) beitragen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/728&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET VERORDNUNG ZU ERDBEOBACHTUNGSSYSTEM FÜR UMWELT UND SICHERHEIT (GMES)

Das EP hat am 16.06.2010 die Verordnung über das europäische Beobachtungsprogramm (GMES) verabschiedet. Das EP gab damit für die Anfangsphase von 2011 bis 2013 grünes Licht und gab neben den 209 Mio. € aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm noch 107 Mio. € zusätzlich frei, um das System voll operationell zu machen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/057-76142-165-06-25-909-20100615IPR76141-14-06-2010-2010-false/default_de.htm



ROHSTOFFVERSORGUNG - EU-BESTANDSAUFNAHME ZEIGT ALARMIERENDE RESSOURCENKNAPPHEIT

Im Rahmen der sog. „Rohstoffinitiative“ hat die EU-Kommission am 17.06.2010 einen Bericht über die Versorgungslage bei wirtschaftlich bedeutenden Rohstoffen für die EU vorgestellt. Gerade bei Metallen, die im Hightech-Bereich verwendet werden (wie Kobalt, Platin, seltene Erden und Titan) ist die EU hochgradig abhängig von Importen. Von den 41 analysierten Mineralien und Metallen werden 14 als „kritisch“ eingestuft, da sie für die EU-Wirtschaft von fundamentaler Bedeutung sind. Diese Metalle sind u.a. auch entscheidend bei der Entwicklung innovativer grüner „Umwelttechnologien“ zur Förderung von Energieeffizienz und zur Senkung der Treibhausgasemissionen. Die Kommission plant daher, im Herbst 2010 eine Mitteilung über Strategien zur Sicherstellung des Zugangs zu Rohstoffen auf der Grundlage der aus diesem Bericht hervorgegangenen Daten zu veröffentlichen.

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/files/docs/report_en.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

HIGH LEVEL GRUPPE MILCH PRÄSENTIERT ABSCHLUSSBERICHT

Die High Level Gruppe Milch (HLG) unter Leitung von Generaldirektor *Jean-Luc Demarty*, hat Ihren Abschlussbericht veröffentlicht und ihre Empfehlungen an die Kommission definiert. Zur Verbesserung der Vertragsbeziehungen soll die Kommission Legislativvorschläge oder Leitlinien zur freiwilligen Nutzung formeller schriftlicher Verträge für Rohmilchlieferungen, einschließlich Preis, Mengen, Liefer- und Laufzeiten in Betracht ziehen. Den Mitgliedstaaten wird dabei freigestellt, diese verpflichtend einzuführen. Die HLG empfiehlt auch, die Verhandlungsmacht der Erzeuger zu stärken, indem die Milcherzeuger in Erzeugergenossenschaften gemeinsam die Lieferbedingungen mit den Verarbeitern aushandeln, unter Beachtung des EU-Rechts. Die Kommission soll zudem prüfen, ob die Regelungen für Branchenorganisationen im Obst- und Gemüsektor auch im Milchsektor anwendbar sind. Kommissar *Cioloş* kündigte an, gegen Ende des Jahres Legislativvorschläge vorzustellen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/742&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



AGRARAUSSCHUSS VERABSCHIEDET BERICHT ÜBER DIE ZUKUNFT DER GAP NACH 2013

Am 15.06.2010 wurde der Entwurf von Berichterstatter MdEP *George Lyon* (ALDE, UK) zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 durch den Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des EP nahezu einstimmig angenommen. Der Bericht spricht sich auch zukünftig für eine starke, finanziell gut ausgestattete EU-Agrarpolitik aus, die die Landwirte u.a. bei der Abmilderung des Klimawandels, bei der Bereitstellung öffentlicher Güter und bei der Gewährleistung von Lebensmittelsicherheit und Lebensmittelqualität unterstützen soll. Die Direktzahlungen sollen weiterhin zu 100 % EU-finanziert sein. Um eine gerechtere Verteilung zwischen den Mitgliedstaaten zu gewährleisten, wird die Kommission aufgefordert objektive Kriterien zu finden. Dem Bericht muss noch das EP zustimmen, die Abstimmung im ist für den 08.07.2010 in Straßburg vorgesehen.

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20100614IPR76020/20100614IPR76020_en.pdf

BERICHT ZUR AKTUELLEN ENTWICKLUNG IM AGRARHANDEL

Die Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 hatte einen dramatischen Einfluss auf den weltweiten Handel von Waren und Dienstleistungen. Obwohl der Agrarhandel weniger stark betroffen war, fiel auch sein Wert 2009 um 13 % und sein Volumen um 3 %. 2009 war zudem ein Ausnahmejahr für den EU-Agrarhandel, da sich das Wachstumsmuster der vorangegangenen Jahre umkehrte und zu einem Rückgang sowohl bei Importen als auch bei Exporten führte. Dies geht aus einem Bericht hervor, den die Generaldirektion für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung am 16.06.2010 veröffentlichte.

http://ec.europa.eu/agriculture/publi/map/01_10_en.pdf

STAATLICHE BEIHILFEN FÜR DEUTSCHES BRANNTWEINMONOPOL BIS 2017 VER-LÄNGERT

Am 24.06.2010 veröffentlichte die Europäische Kommission einen neuen Vorschlag, der vorsieht, dass das deutsche Branntweinmonopol über das Jahr 2013 hinaus bis Ende 2017 verlängert werden soll. Die Ausnahmeregelung für deutsche Brennereien gilt für alkoholische Produkte mit landwirtschaftlichem Ursprung, wie etwa Produkte aus Getreide oder Kartoffeln. Dies gilt insbesondere für lokale Abfindungsbrennereien, Stoffbesitzer und Obstgemeinschafts-



brennereien, die sehr kleine Mengen (bis zu 300 Liter pro Jahr) an alkoholischen Getränken hauptsächlich aus Früchten produzieren. Der Vorschlag sieht vor, in den kommenden Jahren degressiv Obergrenzen einzuführen, um zu gewährleisten, dass die Anpassung schrittweise erfolgt. Der Vorschlag wird es auch ermöglichen, die Aufhebung rückwirkend anzuwenden für den Fall, dass die Verlängerung im Mitentscheidungsverfahren nicht akzeptiert werden sollte bevor die Ausnahmeregelung ausläuft. Staatsminister *Brunner* begrüßte die Verlängerung und forderte eine rasche Umsetzung, damit die kleineren und mittleren Brennereien endlich die dringend notwendige Rechtssicherheit bekommen.

EUROPÄISCHES PARLAMENT FORDERT EINE STÄRKUNG DES EU-AQUAKULTURSEKTORS

Am 17.06.2010 verabschiedete das EP eine Entschließung zur Stärkung des EU-Aquakultursektors. Diese Stärkung soll dabei helfen, der steigenden Konsumentennachfrage nach wilden Fischarten Alternativen anzubieten. Es sei allerdings wichtig, Sicherheitsvorkehrungen zu treffen sowie Gesundheitsrisiken und Umweltschäden gering zu halten. Die Entschließung unter der Federführung von MdEP *Guido Milana* (S&D, IT) schlägt einige Maßnahmen vor, um den EU-Aquakultursektor auch international wettbewerbsfähiger zu machen. Der Sektor benötigt Investitionen und langfristige Planung und somit klare und stabile Regelungen. Deshalb wird die Kommission zu einer Konsolidierung der Gesetzgebung in diesem Bereich aufgerufen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0243+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EU-KOMMISSION STELLT PAKET MIT KRITERIEN FÜR NACHHALTIGKEIT VON BIO-KRAFTSTOFFEN VOR

Am 10.06.2010 stellte die EU-Kommission ein Paket mit Kriterien für die Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen zur Ergänzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie von 2009 vor. Das Paket umfasst eine Mitteilung der Kommission zur Zertifizierung nachhaltig erzeugter Biokraftstoffe, eine Mitteilung zur praktischen Umsetzung des EU-Nachhaltigkeitskonzepts sowie einen Beschluss zur Berechnung des Kohlenstoffbestands im Boden. Die freiwilligen Zertifizierungssysteme sollen für alle Arten von Biokraftstoffen gelten, die entweder innerhalb der EU produziert oder in die EU importiert werden. Sie sollen von



der Wirtschaft, Regierungen oder NGOs eingerichtet werden und unterliegen den vorgegebenen Anforderungen der Kommission. Zukünftig dürfen Kraftstoffe nicht aus tropischen Wäldern, Feuchtgebieten, Torfmooren oder Naturschutzgebieten stammen und müssen im Vergleich zum fossilen Kraftstoff ein Einsparpotential an Treibhausgasen von 35 % aufweisen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/711&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

LEBENSMITTELHILFE DER EU UNTERSTÜTZT 50 MIO. BEDÜRFTIGE

Die EU hat mit ihrer Lebensmittelhilfe in den vergangenen beiden Jahren fast 50 Mio. Menschen erreicht. Dies gab die Kommission in ihrem Bericht 15.06.2010 bekannt. Der Hilfsfonds in Höhe von 1 Mrd. € wurde 2008 aufgrund stark gestiegener Lebensmittelpreise eingerichtet, um insbesondere bedürftige Menschen in Entwicklungsländern zu unterstützen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/734&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUROPÄISCHES PARLAMENT STIMMT GEGEN AMPELKENNZEICHNUNG

Das EP hat auf seiner Tagung vom 14.-17.06.2010 in Straßburg u.a. eine Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel angenommen. Die Verordnung zielt darauf ab, eine EU-weit einheitliche Lebensmittelkennzeichnung einzuführen, um Verbrauchern eine fundierte Kaufentscheidung zu ermöglichen und unter Herstellern und Händlern von Lebensmitteln Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, die sich aufgrund einer nicht mehr überschaubaren Vielzahl von gesetzlichen Regelungen ergeben. Das umstrittene „Ampelsystem“ hingegen, mit dem ein hoher, mittlerer oder geringer Gehalt an Salz, Zucker und Fett in verarbeiteten Lebensmitteln durch die Farben rot, gelb und grün gekennzeichnet wird, haben die Abgeordneten mit klarer Mehrheit als wissenschaftlich nicht fundiert abgelehnt. (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0222+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



RÜCKVERFOLGBARKEIT UND KENNZEICHNUNG ALS SCHWERPUNKTE DER DRITTEN EU-VETERINÄRWOCHE

Vom 14.-20.06.2010 fand zum dritten Mal die EU-Veterinärwoche statt, die seit 2008 jährlich gemeinsam von der EU-Kommission und dem Europäischen Verband der Tierärzte (FVE) organisiert wird. Am 14.06.2010 eröffnete der EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, *John Dalli*, die zweitägige Auftaktkonferenz in Brüssel, die zum Ziel hatte, die zentralen Errungenschaften der EU für ein hohes Maß an Tiergesundheit und Lebensmittelsicherheit in Europa, nämlich Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit über die gesamte Lebensmittelkette hinweg, herauszustellen. Zu diesen Themen fanden in den Mitgliedstaaten weitere Veranstaltungen statt. Außerdem unterzeichneten Kommissar *Dalli* und der Generaldirektor der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE), *Bernard Vallat*, eine gemeinsame Absichtserklärung, um das Erreichen gemeinsamer Kommunikationsziele für das Weltveterinärjahr „Vet2011“ zu erleichtern (s. hierzu Bericht des StMUG in diesem EB).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

EUROPÄISCHER RAT AM 17.06.2010: EINIGUNG AUF QUANTIFIZIERUNG DER INDIKATOREN FÜR SOZIALE EINGLIEDERUNG IM RAHMEN VON EUROPA 2020

Der Europäische Rat (ER) hat am 17.06.2010 die neue Strategie für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum „Europa 2020“ angenommen. Die Strategie werde Europa dabei unterstützen, die Krise zu überwinden und gestärkt aus ihr hervorzugehen, unterstrichen die Staats- und Regierungschefs. Zugleich bestätigte der ER die fünf gemeinsamen Kernziele als „Richtschnur für das Handeln der Mitgliedstaaten und der Union“, darunter die angestrebte Beschäftigungsquote von 75 Prozent unter den 20- bis 64-jährigen Frauen und Männern, u.a. durch die vermehrte Einbeziehung von Jugendlichen, älteren Arbeitnehmern, Geringqualifizierten und legalen Migranten, sowie die Förderung der sozialen Eingliederung insbesondere durch die Verminderung der Armut, wobei mindestens 20 Millionen Menschen vor dem Risiko der Armut oder der Ausgrenzung bewahrt werden sollen. Dazu einigte sich der ER auf die Quantifizierung der Indikatoren für soziale Eingliederung (s. EB 11/2010) und stimmte den integrierten Leitlinien für Wirtschafts- und Be-



schäftigungspolitik (s. EB 08/2010) zu.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/115364.pdf

EUROBAROMETER: EU-BÜRGER BEFÜRCHTEN NACH UMFRAGE ÜBER SOZIALE AUSWIRKUNGEN DER KRISE WACHSENDE ARMUT

Drei Viertel der EU-Bürger sind der Auffassung, dass die Armut in ihrem Land im vergangenen Jahr zugenommen hat. Rund 30 Prozent gaben an, dass es in den letzten sechs Monaten schwieriger geworden sei, die Mittel für Gesundheitsfürsorge, Kinderbetreuung oder Langzeitpflege für sich oder ihre Angehörigen aufzubringen. Ein Sechstel hat nach eigenen Angaben permanente Probleme, Haushaltsrechnungen zu bezahlen. Dies geht aus einer Eurobarometer-Umfrage über die sozialen Auswirkungen der Finanzkrise hervor, die am 22.06.2010 von der EU-Kommission vorgestellt wurde. Die Umfrage soll eine Bestandsaufnahme zur Mitte des Europäischen Jahres zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung 2010 bieten und steht damit auch im Kontext der Beschlüsse des ER vom 17.06.2010 über ein gemeinsames Ziel zur Beseitigung der Armut und sozialen Ausgrenzung (s. weiterer Beitrag in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/773&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUROPÄISCHES PARLAMENT: MEHRHEIT FORDERT GLEICHE ARBEITSZEITREGELN FÜR SELBSTÄNDIGE BUS- UND FERNFAHRER WIE FÜR ANGESTELLTE

Das EP hat am 16.06.2010 den Vorschlag der EU-Kommission erneut abgelehnt, Selbständige aus der Regelung der Arbeitszeit von Personen auszunehmen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben. Damit folgte das EP-Plenum mit 368:301:8 Stimmen dem Votum des federführenden Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (s. EB 08/2010). Nach Auffassung der Mehrheit der Parlamentarier sollen damit für selbständige Bus- und Fernfahrer die gleichen Regeln gelten wie für Angestellte eines Unternehmens.

http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/008-75601-158-06-24-901-20100607FCS75591-07-06-2010-2010/default_p001c016_de.htm



POLITIK ZUR GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN: EURO- PÄISCHES INSTITUT IN VILNIUS ERÖFFNET

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) wurde am 20.06.2010 in Vilnius eröffnet. Die erste EU-Agentur, die ihren Sitz in Litauen hat, soll die Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen darin unterstützen, die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern zu fördern, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu bekämpfen und die Öffentlichkeit für Fragen der Gleichstellung zu sensibilisieren. Zu den Aufgaben des Instituts zählt es, Informationen zu Gleichstellungsfragen zu sammeln, geeignete methodische Werkzeuge zu entwickeln, besonders zur Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts in allen Politikbereichen, den Austausch bewährter Methoden zu fördern und den Dialog zwischen den Akteuren zu unterstützen.

<http://www.eige.europa.eu/>

EU-KOMMISSION: ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZU EINER NEUEN KINDERRECHTSSTRATEGIE ERÖFFNET

Die EU-Kommission hat am 11.06.2010 eine öffentliche Konsultation zu einer neuen Kinderrechtsstrategie angestoßen. Die Behörde erhofft sich durch die bis 20.08.2010 laufende Befragung Hinweise darauf, wie die EU mit ihren Maßnahmen Kinderrechte stärker fördern kann. Im Mittelpunkt stehen Themen wie Kinderarmut, das Mitspracherecht von Kindern, eine kinderfreundliche Justiz und Gewalt gegen Kinder. Parallel zu dieser Konsultation führt die Kommission eine Studie durch mit dem Ziel, von Kindern selbst eine Rückmeldung zu erhalten. Diese soll im Oktober 2010 vorgestellt werden.

[http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/722&format=H
TML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/722&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en)

EU SETZT AUSSCHUSS FÜR SOZIALEN DIALOG IM BILDUNGSBEREICH EIN

Die EU-Kommission hat einen neuen Ausschuss für den sozialen Dialog im Bildungsbereich eingesetzt, in dem Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen Themen wie die Qualität der Bildung, Gewalt in der Schule, die Folgen der Bevölkerungsentwicklung sowie Fragen im Zusammenhang mit der Einstellung und Weiterbeschäftigung von Lehrpersonal in Zeiten knapper Kassen diskutieren sollen. Der Bildungssektor in den 27 EU-Mitgliedstaaten beschäftigt 14,7 Mio. Menschen, pro Jahr fließen 5,7 % des Bruttoinlandsprodukts der EU



in diesen Bereich (s. hierzu Beitrag des StMUK in diesem EB).

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=329&langId=de&furtherEvents=yes>

GERICHTSHOF URTEILT ÜBER KOSTENÜBERNAHME FÜR UNERWARTETE KRANKENHAUSBEHANDLUNG IM EU-AUSLAND

In einem von der EU-Kommission gegen Spanien angestrebten Vertragsverletzungsverfahren (C-211/08) hat der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) mit Urteil vom 15.06.2010 entschieden, dass der Versicherungsmitgliedstaat gegenüber seinem Versicherten, der im Rahmen eines vorübergehenden Aufenthaltes in einem anderen Mitgliedstaat unerwartet eine Krankenhausbehandlung in Anspruch nehmen muss, nicht verpflichtet ist, die Kosten zu erstatten, die über das Deckungsniveau, das in dem Behandlungsstaat gilt, hinausgehen. Nach Ansicht des Gerichtshofs verletzen die verfahrensgegenständlichen spanischen Regelungen, die für vergleichbare Behandlungen im eigenen Gesundheitssystem ein höheres Deckungsniveau vorsehen, weder die Dienstleistungsfreiheit noch die Bestimmungen der Verordnung Nr. 1408/71, nach der in Bezug auf das Deckungsniveau für die Kosten einer nicht geplanten Krankenhausbehandlungen die Regelungen des Aufenthaltsmitgliedstaates zur Anwendung kommen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&Submit=Suchen&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnorec=alldocnorec&docnoj=docnoj&docnoor=docnoor&radtypeord=on&typeord=ALL&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&numaff=C-211%2F08&ddatefs=&mdatefs=&ydatefs=&ddatefe=&mdatefe=&ydatefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

EUROPÄISCHER RAT AM 17.06.2010: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUK

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten haben auf der Tagung des Europäischen Rates (ER) am 17.06.2010 die „Europa 2020-



Strategie“ beschlossen und sich dabei auf die Verbesserung des Bildungsniveaus als eines von fünf EU-Kernzielen verständigt. So wird angestrebt, die Schulabbrecherquote auf unter 10 % zu senken und den Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die ein Hochschulstudium abgeschlossen haben oder über einen gleichwertigen Abschluss verfügen, auf mindestens 40 % zu erhöhen. Dabei betont der ER angesichts der vertraglichen Kompetenzverteilung im Bildungsbereich ausdrücklich, „dass es Sache der Mitgliedstaaten ist, quantitative Ziele im Bildungsbereich festzulegen und zu verwirklichen“. Etwaige „Empfehlungen müssen uneingeschränkt mit den einschlägigen Bestimmungen des Vertrags und den EU-Vorschriften im Einklang stehen und die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten, zum Beispiel in Bereichen wie Bildung, unberührt lassen.“

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/115364.pdf

EU SETZT AUSSCHUSS FÜR SOZIALEN DIALOG IM BILDUNGSBEREICH EIN

Die EU-Kommission hat einen neuen Ausschuss für den sozialen Dialog im Bildungsbereich eingesetzt, in dem Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen Themen wie die Qualität der Bildung, Gewalt in der Schule, die Folgen der Bevölkerungsentwicklung sowie Fragen im Zusammenhang mit der Einstellung und Weiterbeschäftigung von Lehrpersonal in Zeiten knapper Kassen diskutieren sollen. Der Bildungssektor in den 27 EU-Mitgliedstaaten beschäftigt 14,7 Mio. Menschen, pro Jahr fließen 5,7 % des Bruttoinlandsprodukts der EU in diesen Bereich.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

EU-FORSCHUNGSKOMMISSARIN MÁIRE GEORHEGAN-QUINN UND WISSENSCHAFTSMINISTER DR. WOLFGANG HEUBISCH FÜR EIN FORSCHUNGS- UND INNOVATIONSTARKES EUROPA

Die EU-Forschungskommissarin *Máire Geoghegan-Quinn* und Bayerns Wissenschaftsminister *Dr. Wolfgang Heubisch* trafen sich am 24.06.2010 zu einem Meinungsaustausch im Münchener Wissenschaftsministerium. Gemeinsam diskutierten sie, wie die europäische Forschung als Antwort auf die Wirtschaftskrise weiter gestärkt werden könne. Gerade jetzt gelte es, in die europäische Forschungslandschaft zu investieren und Hemmnisse – insbesondere



den Bürokratieaufwand – zu reduzieren. Staatsminister *Dr. Heubisch* erläuterte die Kernforderungen der Bayerischen Staatsregierung für das 2014 startende 8. Forschungsrahmenprogramm. Es wurde vereinbart, im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung in den Räumen der Bayerischen Vertretung in Brüssel den Dialog fortzusetzen.

EMPFANG DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG FÜR WISSENSCHAFTSMANAGER

Die Bayerische Staatsregierung – vertreten durch den Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, *Dr. Wolfgang Heubisch* – hat aus Anlass der diesjährigen Bundestagung sowie des 20-jährigen Jubiläums der Kooperationsstelle EU der Wissenschaftsorganisationen (KoWi) am 23.06.2010 auf der Kaiserburg zu Nürnberg einen Abendempfang ausgerichtet.

Der Abendempfang für die 300 Teilnehmer der jährlich stattfindenden dreitägigen KoWi-Bundestagungen bildet stets einen Höhepunkt und würdigt das erfolgreiche Engagement der deutschen Wissenschaftsmanager. Eingeleitet durch den Präsidenten der Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. *Karl-Dieter Gröske*, betonte Forschungsminister *Heubisch* den Stellenwert der Forschungsexzellenz im internationalen Wettbewerb und DFG-Generalsekretärin *Dorothee Dzwonnek* die wichtige Rolle der Wissenschaftsmanager als Serviceleister für die Forscher.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

TAGUNG DES RATES DER UMWELTMINISTER AM 11.06.2010 IN LUXEMBURG

Am 11.06.2010 tagte der Rat der Europäischen Union für Umwelt (Umwelt-Rat) in Luxemburg. Einen Hauptpunkt bildete dabei die Orientierungsaussprache zum EU-Minderungsziel beim Klimaschutz. bzw. die Annahme von Schlussfolgerungen zur Kommissionsmitteilung zu den Optionen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen um mehr als 20 %.

Neben Fortschrittsberichten fanden Aussprachen u.a. zur Verordnung über Biozidprodukte, zur CO₂-Emissionsminderung von leichten Nutzfahrzeugen, zu Abfällen und gefährlichen Stoffen aus Elektro-/Elektronikgeräten bzw. Elektronikaltgeräten sowie zum Bioabfallmanagement statt. Im Ergebnis billigten die Umweltminister Ratsschlussfolgerungen zur Vorbereitung der Wälder auf den



Klimawandel, zum Cartagena-Protokoll über Biosicherheit sowie zur Wasserknappheit, Dürre und Anpassung an den Klimawandel.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/115143.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/115140.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/115113.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/115093.pdf

PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 14. – 17.06.2010: ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT UND GESUNDHEIT

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat auf seiner Tagung vom 14. – 17.06.2010 in Straßburg u. a. eine Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel sowie eine Entschließung zur Stärkung des Aquakultursektors angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0222+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0243+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

INDUSTRIEEMISSIONEN – IVU-RL - EINIGUNG IM TRILOG

Überraschend erzielten am 18.06.2010 die Verhandlungspartner (Rat, Kommission und Parlament) im Trilog zur Revision der Richtlinie über Industrieemissionen 96/61/EG (IVU, Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) eine Einigung. Nach der in weiten Teilen kontroversen Positionierung von Rat und Parlament nach der ersten Lesung im Plenum am 09.03.2009 (s. EB Nr. 06/2009 und 05/2009) konnte nun nach langwierigen Verhandlungen ein Kompromiss vereinbart werden, der noch formal in zweiter Lesung vom Ministerrat und dem EP-Plenum gebilligt werden muss. Die Abstimmung im Parlament ist für den 02.07.2010 geplant.

ROHSTOFFVERSORGUNG - EU-BESTANDSAUFNAHME ZEIGT ALARMIERENDE RESSOURCENKNAPPHEIT

Im Rahmen der sog. „Rohstoffinitiative“ hat die EU-Kommission am 17.06.2010



einen Bericht über die Versorgungslage bei wirtschaftlich bedeutenden Rohstoffen für die EU vorgestellt. Gerade bei Metallen, die im Hightech-Bereich verwendet werden (wie Kobalt, Platin, Seltene Erden und Titan) ist die EU hochgradig abhängig von Importen. Von den 41 analysierten Mineralien und Metallen werden 14 als „kritisch“ eingestuft, da sie für die EU-Wirtschaft von fundamentaler Bedeutung sind. Diese Metalle sind u. a. auch entscheidend bei der Entwicklung innovativer grüner „Umwelttechnologien“ zur Förderung von Energieeffizienz und zur Senkung der Treibhausgasemissionen. Die Kommission plant daher, im Herbst 2010 eine Mitteilung über Strategien zur Sicherstellung des Zugangs zu Rohstoffen auf der Grundlage der aus diesem Bericht hervorgegangenen Daten zu veröffentlichen (s. hierzu auch den Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Bericht:

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/files/docs/report_en.pdf

Hintergrundinformationen:

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/critical/index_de.htm

EU-KOMMISSION STELLT PAKET MIT KRITERIEN FÜR NACHHALTIGKEIT VON BIOKRAFTSTOFFEN VOR

Am 10.06.2010 stellte die EU-Kommission ein Paket mit Kriterien für die Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen zur Ergänzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie von 2009 vor. Das Paket umfasst eine Mitteilung zur Zertifizierung nachhaltig erzeugter Biokraftstoffe, eine Mitteilung zur praktischen Umsetzung des EU-Nachhaltigkeitskonzepts sowie einen Beschluss zur Berechnung des Kohlenstoffbestands im Boden. Die freiwilligen Zertifizierungssysteme sollen für alle Arten von Biokraftstoffen gelten, die entweder innerhalb der EU produziert oder in die EU importiert werden. Sie sollen von der Wirtschaft, Regierungen oder NGOs eingerichtet werden und unterliegen den vorgegebenen Anforderungen der Kommission. Zukünftig dürfen Kraftstoffe nicht aus tropischen Wäldern, Feuchtgebieten, Torfmooren oder Naturschutzgebieten stammen und müssen im Vergleich zum fossilen Kraftstoff ein Einsparpotential an Treibhausgasen von 35 % aufweisen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/711&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>



GERICHTSHOF URTEILT ÜBER KOSTENÜBERNAHME FÜR UNERWARTETE KRANKENHAUSBEHANDLUNG IM EU-AUSLAND

In einem von der EU-Kommission gegen Spanien angestregten Vertragsverletzungsverfahren (C-211/08) hat der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) mit Urteil vom 15.06.2010 entschieden, dass der Versicherungsmitgliedstaat gegenüber seinem Versicherten, der im Rahmen eines vorübergehenden Aufenthaltes in einem anderen Mitgliedstaat unerwartet eine Krankenhausbehandlung in Anspruch nehmen muss, nicht verpflichtet ist, die Kosten zu erstatten, die über das Deckungsniveau, das in dem Behandlungsstaat gilt, hinausgehen. Nach Ansicht des Gerichtshofs verletzen die verfahrensgegenständlichen spanischen Regelungen, die für vergleichbare Behandlungen im eigenen Gesundheitssystem ein höheres Deckungsniveau vorsehen, weder die Dienstleistungsfreiheit noch die Bestimmungen der Verordnung Nr. 1408/71, nach der in Bezug auf das Deckungsniveau für die Kosten einer nicht geplanten Krankenhausbehandlungen die Regelungen des Aufenthaltsmitgliedstaates zur Anwendung kommen.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&Submit=Suchen&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurftp=jurftp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnorec=alldocnorec&docnoj=docnoj&docnoor=docnoor&radtypeord=on&typeord=ALL&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&numaff=C-211%2F08&ddatefs=&mdatefs=&ydatefs=&ddatefe=&mdatefe=&ydatefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100>

EUROBAROMETER: ZAHL DER BLUTSPENDER STEIGT WÄHREND DIE DER ORGANSPENDER EU-WEIT STAGNIERT

Anlässlich des Weltblutspendetages am 14.06.2010 hat die Kommission in einer Meinungsumfrage die Einstellung der Europäer zur Blutspende und Bluttransfusion sowie zur Organspende und Organtransplantation erfragt. Die jeweils im Oktober 2009 in den 27 EU-Mitgliedstaaten und den drei Kandidatenländern (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Kroatien und Türkei) sowie bei der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführten Umfragen konnten einen Anstieg um 6 % von Blutspendern im Vergleich zur letzten Befragung unter den EU-15-Staaten im Jahr 2002 verzeichnen. Der Anteil der



Europäer, die schon einmal Blut gespendet haben, liegt somit bei 37 %. Aus der Eurobarometer-Umfrage über Organspenden geht überdies hervor, dass 55 % der Europäer nach ihrem Tod ihre eigenen Organe und 53 % die Organe verstorbener Angehöriger spenden würden.

http://ec.europa.eu/health/blood_tissues_organs/eurobarometers/index_en.htm

RÜCKVERFOLGBARKEIT UND KENNZEICHNUNG ALS SCHWERPUNKTE DER DRITTEN EU-VETERINÄRWOCHE

Vom 14. – 20.06.2010 fand zum dritten Mal die EU-Veterinärwoche statt, die seit 2008 jährlich gemeinsam von der EU-Kommission und dem Europäischen Verband der Tierärzte (FVE) organisiert wird. Am 14.06.2010 eröffnete der EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, *John Dalli*, die zweitägige Auftaktkonferenz in Brüssel, die zum Ziel hatte, die zentralen Errungenschaften der EU für ein hohes Maß an Tiergesundheit und Lebensmittelsicherheit in Europa, nämlich Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit über die gesamte Lebensmittelkette hinweg, herauszustellen. Zu diesen Themen fanden in den Mitgliedstaaten weitere Veranstaltungen statt. Außerdem unterzeichneten Kommissar *Dalli* und der Generaldirektor der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE), *Bernard Vallat*, eine gemeinsame Absichtserklärung, um das Erreichen gemeinsamer Kommunikationsziele für das Weltveterinärjahr „Vet2011“ zu erleichtern.

http://one-health.eu/ee/index.php/en/page/eu_vet_week_2010/

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

EU-KOMMISSARIN FÜR DIE DIGITALE AGENDA FORDERT KOORDINIERTEN EUROPÄISCHEN ANSATZ BEI DER FREQUENZPOLITIK

Anlässlich der Europäischen Jahreskonferenz für Frequenz-Management in Brüssel am 23.06.2010 forderte Kommissarin *Kroes* einen koordinierten europäischen Ansatz bei der Frequenzpolitik. Im Fokus steht dabei eine effizientere Nutzung des Spektrums, insbesondere für Breitbandtechnologien. Den Rundfunk oder Kulturbelange erwähnte die Kommissarin nicht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/333&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>



ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS ÜBER DIE RECHTSWIRKSAMKEIT DER EUROPÄISCHEN ROAMING-VERORDNUNG

Der EuGH bestätigte am 08.06.2010 die Rechtswirksamkeit der europäischen Roaming-Verordnung von 2007 mit der die Tarife für Mobilfunkgespräche im europäischen Ausland begrenzt werden.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-06/cp100053de.pdf>

DIGITALE AGENDA: MOBILFUNKBETREIBER VERBESSERN SICHERHEIT VON KINDERN IM INTERNET

Am 09.06.2010 veröffentlichte die GSM ASSOCIATION, der Berufsverband der Mobilfunkbranche, einen Bericht, demzufolge auf nationaler Ebene von 91 Unternehmen Maßnahmen ergriffen wurden, die im Jahr 2007 bei der Unterzeichnung einer unter Vermittlung der Kommission freiwilligen Vereinbarung beschlossen worden waren. In 25 Mitgliedsstaaten gibt es nun Verhaltensregeln zur freiwilligen Selbstkontrolle. Laut Kroes ist der Schutz von Kindern im Internet ein zentrales Anliegen der Digitalen Agenda.

http://www.gsmeurope.org/documents/List_of_signatories_Dec_09.pdf

http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/self_reg/phones/index_en.htm

http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/index_en.htm

DIGITALE AGENDA: START DES SUPERCOMPUTERVERBUNDES FÜR EUROPÄISCHE FORSCHER

Am 09.06.2010 startete das Projekt PRACE (Partnership for Advanced Computing in Europe). Dabei handelt es sich um eine Initiative im Rahmen der Digitalen Agenda, deren Ziel es ist, die Hochleistungsrechnerkapazitäten in Europa auszubauen und europäischen Wissenschaftlern zugänglich zu machen. Das Budget liegt bei 500 Mio. €. Beteiligt sind die EU-Kommission sowie 20 Mitgliedsstaaten.

<http://www.prace-project.eu/>